

Issueorientierung und Nachrüstungsprotest

Karlheinz Reuband

1. Ausgangslage

Die Ausgangslage scheint paradox: Gemessen am internationalen Vergleich - insbesondere an den NATO-Staaten - und an Befunden aus früheren Jahren, nimmt die Bevölkerung der Bundesrepublik eine ausgesprochen positive Einstellung gegenüber der NATO und der Stationierung amerikanischer Truppen ein. Sie ist mindestens genauso positiv, wenn nicht sogar noch positiver, als in anderen Ländern. Das Abschreckungsprinzip wird mehrheitlich vertreten - und damit eine zentrale Doktrin des gegenwärtigen militärpolitischen Denkens. Und eine sinkende NATO-Akzeptanz läßt sich ebenso wenig belegen wie ein steigender Antiamerikanismus. Im Herbst 1981, als es in Bonn zu der ersten großen Friedensdemonstration kam, erreichten die Amerikaner eine der besten Beurteilungen der letzten dreißig Jahre.¹

Daß sich dennoch in den letzten Jahren eine Bewegung gegen die Nachrüstung entwickelte und es zu massenhaftem Protest kam, muß deshalb wie ein Widerspruch erscheinen. Ist es nur eine abweichende Minderheit, die aufbegehrt und sich über die Mehrheit der Bevölkerung hinwegzusetzen versucht? Und ist sie, wie so viele Kommentatoren mutmaßen, auf einem Auge blind - sieht sie die Bedrohung nur in den Amerikanern, nicht in den Sowjets? Kündigt sie zentrale Grundsätze der gegenwärtigen Militärstrategie - das Abschreckungsprinzip - auf, ist gar freiwillig zur Unterwerfung unter die Sowjetunion bereit? Wer die Reden und Kommentare mancher Medien und Politiker verfolgt, hat den Eindruck, diese Fragen wären längst beantwortet. Die Aussagen über Nachrüstungsgegner und -befürworter sind zu einem festen und wenig hinterfragten Bestandteil der politischen Auseinandersetzung geworden. Doch das empirisch gesicherte Wissen dazu ist außerordentlich spärlich: es steht geradezu in umgekehrtem Verhältnis zum Selbstsicherheitsgefühl, mit der oft die Nachrüstungsgegner in der Öffentlichkeit beschrieben werden.

Im folgenden soll anhand einer eigenen Umfrage versucht werden, der Nachrüstungsgegnerschaft und ihrer Wahrnehmung ausgewählter sicherheitspolitischer Fragen nachzugehen. Es handelt sich um eine bundesweite repräsentative Umfrage, die Ende August/Anfang September - also kurz vor Stationierungsbeginn - vom EMNID Institut bei rund 2.100 Befragten ab 14 Jahren durchgeführt wurde.² Unser Interesse gilt gleicher-

maßen den Befürwortern und Gegnern der Nachrüstung wie den aktiven Nachrüstungsgegnern. Diese sind nicht mit den Mitgliedern von Friedensinitiativen identisch. Denn was die Friedensbewegung ausmacht, ist nicht allein der Kern der vielen lokalen Friedensinitiativen und Organisationen, sondern ebenso der Kreis all jener, die sich für entsprechende Aktionen mobilisieren lassen. Sie sind es vor allem auch, die bei Demonstrationen das Bild der Auseinandersetzung bestimmen und im Blickpunkt des öffentlichen Interesses stehen.

2. Methodik

Erfakt wurde die Einstellung zur Nachrüstung nach einer Vorfrage zu den Genfer Verhandlungen und der Kenntnis des Stationierungstermins: "Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?" Bei Personen, die sich als gleichgültig oder unentschlossen zeigten, wurde mit einer Nachfrage nachgehakt, so daß die Kategorie "Weiß nicht, gleichgültig" schließlich nur noch diejenigen umfaßt, die - selbst bei Nachfrage - sich zu keiner Stellungnahme entschließen konnten.⁵ Durch die Nachfrage wird die Zahl derer reduziert, die Meinungslosigkeit bloß vorgeben, um sich zu der Thematik nicht äußern zu müssen.

Durch die gleichzeitige Akzeptanz der Meinungslosigkeit nach der Nachfrage wird der Tatsache Rechnung getragen, daß Meinungslosigkeit bei sicherheitspolitischen Themen häufiger vorkommt. Auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, daß bei Befürwortern und Gegnern der Nachrüstung die Einstellung durch eine gewisse Ambivalenz gekennzeichnet ist (vgl. auch Berger et al. 1983), wird die Chance von Interviewerfakten durch unser Vorgehen doch reduziert.

Rund 66% der Befragten sprachen sich gegen die Stationierung neuer Raketen auf deutschem Boden aus, 16% für eine Stationierung, 18% blieben unentschlossen. Mit anderen neueren Umfragen mit vergleichbarer Methodologie stimmt die Zahl der Gegner bemerkenswert überein. In der Quote der Befürworter ergeben sich dagegen Unterschiede: Überall dort, wo Meinungslosigkeit im Interview akzeptiert und vergleichbar wie in unserer Umfrage gefragt wird, liegt der Anteil der Befürworter ähnlich. Wo aber Meinungslosigkeit nicht zugelassen wird, steigt der Wert der Befürwortung auf ca. 31% an. Wird die Zahl der Befürwortung durch unsere Umfrage unterschätzt?

Prinzipiell zwei unterschiedliche Personenkreise können sich hinter Meinungslosen verbergen: Personen, die tatsächlich zur angesprochenen Thematik keine Meinung gebildet haben, und Personen, die aus einem wahrgenommenen Meinungsdruck heraus ihre eigene Meinung zu verbergen suchen. Man kann versuchen, die Meinungslosen durch ihr Antwortverhalten bei anderen Fragen ansatzweise näher zu bestimmen. Tut man dies, so erweisen sie sich überall dort als überproportional ohne Meinung, wo Meinungslosigkeit erlaubt ist. Wo sie sich einer Antwort nicht entziehen können, stehen sie mal den Befürwortern und mal den Gegnern der Nachrüstung nahe. In wieder

anderen Fällen nehmen sie eine Zwischenposition ein. Der Gesamtbefund spricht eher für das Vorherrschen von cross-pressure auf der Einstellungsebene als für verborgene Befürwortung der Nachrüstung. Wenn in anderen Umfragen mit vergleichbarer Methodologie die Zahl der Nachrüstungsbeifürworter größer ist als bei uns, scheint dieser Wert aufgrund der Methodologie künstlich überhöht.

3. Nachrüstungsgegnerschaft und Protestpotential

Daß sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Nachrüstung ausspricht, gleichzeitig aber - wie wir aus anderen Untersuchungen wissen - eine Mehrheit der Abschreckungsdoktrin anhängt und die NATO akzeptiert, mag irritieren. Schließlich ist der Nachrüstungsbeschluß das Ergebnis einer NATO-Entscheidung und als Wiederherstellung militärischen Gleichgewichts gedacht. Aus dieser Sicht wird Nachrüstungsgegnerschaft bei vielen Autoren zu einer Ablehnung der NATO.⁶ Doch logisch ist dieser Zusammenhang nicht zwingend. Man mag sehr wohl mit der NATO und dem Prinzip der Abschreckung übereinstimmen, spezifische militärische Maßnahmen jedoch ablehnen. So gesehen ist die Konstanz in der Bejahung der NATO und der Abschreckung durch eine Bevölkerungsmehrheit innerhalb der letzten Jahre ebenso wenig Beleg für eine fehlende Resonanz der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit (so z.B. Bredow 1982:24) wie die Existenz mehrheitlicher NATO-Akzeptanz und Nachrüstungsgegnerschaft als Beleg für eine Widersprüchlichkeit von Einstellungen (z.B. Noelle-Neumann 1983b) anzusehen ist. NATO-Akzeptanz und Glaube an das Abschreckungsprinzip einerseits und Ablehnung der Nachrüstung andererseits sind analytisch und empirisch getrennte Sachverhalte.

In Wahlen kann sich Unmut über politische Entscheidungen nur insoweit ausdrücken, als das jeweilige Issue subjektiv einen beherrschenden Rang einnimmt und darin zwischen den Parteien ein klarer Positionsunterschied wahrgenommen wird (was bei den größeren, weithin als legitim angesehenen Parteien CDU, SPD und FDP in der Nachrüstungsfrage bis vor kurzem wohl nicht der Fall war).⁶ Gilt dies nicht, so drängen sich alternative, im demokratischen System z.T. ebenfalls verankerte Partizipationsformen in den Vordergrund. Überhaupt nicht zu reagieren, entspräche - bei hohem subjektiven Stellenwert der Frage - politischer Apathie. Und allein aus obrigkeitstaatlichem Denken und Angst vor Nachteilen auf verfassungsrechtlich verbriefte Rechte zu verzichten, widerspricht den Anforderungen einer funktionierenden demokratischen Kultur. So gesehen ist die Existenz von Protest an sich eher ein Hinweis für das Funktionieren demokratischer Tugenden als der Beweis ihres Gegenteils.

Die Mehrheit der Nachrüstungsgegner - rund 78% - findet Proteste im Prinzip gut, in der Art des Protests jedoch macht sie sehr wohl Unterschiede. Dies spricht für eine kritische, aber skrupulöse Haltung. Gebilligt werden am ehesten Unterschriftenaktionen, gefolgt von genehmigten Demonstrationen. Blockaden und nicht genehmigte Demonstrationen finden seltener Zustimmung (vgl. allgemein auch Barnes, Kaase et al. 1979). Die eigene Bereitschaft zur Teilnahme folgt einer ähnlichen

es mehr Gegner als Befürworter der Nachrüstung, und die Unterschiede zwischen den Gruppen sind durchweg gering. Eine systematische Beziehung zwischen Gegnerschaft und Alter existiert nicht, der Effekt der Schulbildung ist minimal. Er beträgt nicht mehr als 12 Prozentpunkte. Allein schon von der sozialen Zusammensetzung her vermögen daher postmaterialistische Wertorientierungen das Phänomen der Nachrüstungsgegnerschaft nicht zu erklären. Wenn diese überhaupt Auswirkungen haben, dann wohl eher auf die Unterstützung der Friedensbewegung oder Teilnahme an Protestaktionen: das postmaterielle Streben nach Selbstverwirklichung könnte entscheidend dafür sein, daß ungeachtet der jeweiligen Thematik - eine Umsetzung der eigenen Einstellungen in Handeln angestrebt wird. Unter den aktiven Nachrüstungsgegnern sind potentielle Postmaterialisten - jüngere mit hoher Schulbildung - in der Tat überrepräsentiert. Gleichwohl ist Protest nicht mit dieser Gruppe identisch. Unter den aktiven Nachrüstungsgegnern sind immerhin 43% 30 Jahre und älter.

Nicht nur in der sozialen Herkunft, sondern auch parteipolitisch ist die Gegnerschaft heterogen. Erwartungsgemäß zeigen die Anhänger der Grünen zwar die deutlichste Ablehnung. Aber auch unter den Anhängern der CDU, FDP und SPD gibt es eine Mehrheit gegen die Nachrüstung: unter den Anhängern der CDU sind es immerhin 52%, der FDP 73%, der SPD 77%, der Grünen 95%. Trotz der fast vollständigen Nachrüstungsgegnerschaft unter den Grünen machen ihre Wähler unter den Nachrüstungsgegnern selbst nur einen kleinen Teil aus: die Anhängerzahl der Grünen ist in der Bevölkerung zu niedrig, als daß sie das Bild der Nachrüstungsgegner bestimmen könnte. Zugleich ist der Anteil der CDU-Wähler unter den Nachrüstungsgegnern durchaus nennenswert - die relativ breite Sympathie für die CDU in der Bevölkerung gleicht die unterproportionale Ablehnung des :ATO-Doppelbeschlusses unter ihren Wählern in gewissem Umfang aus.

Das Resultat ist eine parteipolitisch außerordentlich breit zusammengesetzte Nachrüstungsgegnerschaft: die Mehrheit (ca. 3/4) besteht - jeweils zu fast gleichen Teilen - aus CDU- und SPD-Wählern. Unter den Demonstrationsbereiten schwindet zwar dann der Anteil der CDU-Anhänger, doch auch hier sind - anders als vielfach unterstellt - die Anhänger links von der SPD nur eine Minderheit: die Grünen würden z.B. nur 33% wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, die DKP lediglich 5%. Nimmt man die Personen, die "unter Umständen" zur Demonstration bereit wären - mithin das weitere Mobilisierungspotential für Protest darstellen -, so schrumpft der Anteil der Grünen gar auf 10% und der DKP auf 1%. Von einer einseitigen Zusammensetzung der passiven und aktiven Nachrüstungsgegner auf ein linkes politisches Spektrum hin kann also nicht die Rede sein.

Daß auch die Anhänger der Friedensbewegung sich selbst nicht mehrheitlich als links begreifen, das belegen neuere Umfragen der Europäischen Gemeinschaft. Die Befragten, die sich als Unterstützer der Friedensbewegung betrachteten, stuften sich nur in einer Minderheit auf einer entsprechenden 10er Skala links von der Mitte ein - weniger als etwa in den Niederräumen. Bemerkenswerterweise sind es auch weniger als unter den Anhängern der Ökologie und Antikernkraftbewegung (vgl.

Müller-Rommel in diesem Band). Dies ist deshalb bemerkenswert, weil nicht selten die Meinung austauschbarer Mitgliedschaften vertreten wird. Bei den Anhängern der verschiedenen sozialen Bewegungen handele es sich letztlich um identische Personengruppen, die sich - je nach Aktor - unter dem Banner verschiedener Bewegungen zusammenfinden. Die Nachrüstungsgegnerschaft ist breiter und offensichtlich politisch umfassender als die meisten der anderen neuen sozialen Bewegungen. Das macht ihre Stärke aus und signalisiert zugleich den Druck, der von der Basis her den etablierten Parteien entgegengebracht wird. Die Zeichen einer schleichenden Erosion in den Parteien an: in der SPD am deutlichsten, aber ebenso - wenn auch erst in Ansätzen - in der CDU.

5. Wahrnehmung des militärischen Gleichgewichts

Welche Orientierungen haben nun die Personen, die sich gegen die Nachrüstung aussprechen, mit relativ großer Sicherheit sogar an Demonstrationen teilnehmen werden? Die Vorstellungen, die über sie durch Politiker und Medien verbreitet werden, sind vielfach ebenso pauschal wie eindeutig; sie haben - trotz fehlender empirischer Analysen - den Charakter nicht mehr zu prüfender und zu hinterfragender Selbstverständlichkeiten. Für Hans Rühle vom Bundesverteidigungsministerium zeigt sich z.B. - angesichts der unterstellten sowjetischen Überlegenheit - in der gegenwärtigen Bewegung eine "erkenntbare Bereitschaft zum Frieden 'um jeden Preis', zur 'vorbeugenden Kapitulation' (Rühle 1983:23). Andere sprechen von freiwilliger Unterwerfung, von einer Faszination durch die Stärke der Sowjetunion (vgl. DIE WELT vom 5.10.83, S. 10), und der Hamburger Psychologe Peter R. Hofstätter (1983) gar denunziert die Friedensbewegung als reine "Unterwerfungsbewegung".

Wenn es stimmt, daß Nachrüstungsgegner eine Überlegenheit des Ostens in Kauf nehmen, dann müßten sie das militärische Gleichgewicht in gleicher Weise wie die Nachrüstungsgegner beurteilen. Dabei ist eine Unterscheidung des Gleichgewichts auf der Ebene von Mittelstreckenraketen und auf der globalen militärischen Ebene sinnvoll. Auf der Ebene der Mittelstreckenraketen mag mancher ein Ungleichgewicht wahrnehmen, nicht aber auf der globalen Ebene. Das globale Gleichgewicht ist umfassender und für die Beurteilung des Kräfteverhältnisses letztlich entscheidender. Anders als in den bisherigen Studien, welche die Wahrnehmung der Mittelstreckenraketen erfragten (Berger et al. 1983, Noelle-Neumann 1983a), entscheiden wir uns deshalb für die Wahrnehmung des globalen militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West.

Wie man Tabelle 2 entnehmen kann, ähneln Befürworter und Gegner der Nachrüstung keinesfalls einander in der Beurteilung der Lage. Die Befürworter der Nachrüstung sehen in ihrer Mehrheit (zu 69%) den Osten als überlegen, die Nachrüstungsgegner dagegen dies nur in einer Minderheit. Um so häufiger herrscht bei ihnen der Glaube an ein militärisches Gleichgewicht vor, bei den aktiven Nachrüstungsgegnern sogar noch mehr als bei den Nachrüstungsgegnern allgemein: wer ziemlich sicher an einer Demonstration gegen die Nachrüstung teil-

überlegen und die amerikanische Regierung als vertrauenswürdig angesehen wird, muß die Aufstellung neuer Raketen als Erhöhung der Sicherheit bewertet werden. Es ist deshalb mehr als folgerichtig, daß die Befürworter die Aufstellung der Raketen mehrheitlich als Vergrößerung der Sicherheit deuten. Die die Nachrüstungsgegner dagegen als zunehmende Bedrohung. Die Polarisierung fällt hierbei außerordentlich groß aus: während die Nachrüstungsbefürworter zu 88% eine größere Sicherheit wahrnehmen, nennen 73% der Nachrüstungsgegner - unter den Demonstrationsbereiten gar 84% - eine größere Bedrohung (Tabelle 4). Beide Gruppen fühlen sich durch eine entsprechende Wahrnehmung der Realität gestärkt.

8. Schlußbemerkungen

Wenn es um die Diskussion der Nachrüstungsfrage geht, fehlt es in der öffentlichen Diskussion nicht am Vorwurf des Irrationalismus - gerichtet vor allem an die Adresse der Nachrüstungsgegner. Sie wären voller Emotion statt Verstand (DIE WELT vom 20.9.83, S. 1), Hysterie (Rautenberg 1983:155), würden sich Traumgebilden hingeben (Lackner 1983), die Friedensbewegung gar wäre eine "Massenpsychose", die - dämme man sie nicht binnen kurzer Zeit ein - die bundesdeutsche politische Ordnung zerstören würde (Stratmann, zit. nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 29.11.83, S. 6). Klinische Begriffe und Vorwürfe des Irrationalismus kennzeichnen Versuche der Ausgrenzung. Eigene Realitätsdeutungen werden mit der Realität auf Gleichgesetzt. Dem politischen Gegner wird der Anspruch auf eine ernstgemeinte und so auch zu wertende Meinung entzogen. Er wird zu einem klinischen Fall, mit dem eine Diskussion keinen Sinn macht.

Wie wenig die Diagnose des Irrationalismus den Sachverhalt zu erfassen vermag, hat unsere Analyse gezeigt. Nicht eine Gleichangslage kennzeichnet Befürworter wie Gegner der Nachrüstung, sondern eine jeweils unterschiedliche Wahrnehmung verhalten Realität. Vor dem Hintergrund dieser Wahrnehmung verhalten sich beide in hohem Maße konsistent und rational. Solange aber die eigene Sicht von Realität dem anderen ebenfalls als seine Sicht unterstellt wird, so lange werden die bestehenden Spannungsdimensionen eher noch verschärft als reduziert werden. Nicht allein die Frage der Nachrüstung, sondern zugleich die Kontroversen um die Befürworter und Gegner der Nachrüstung sind geeignet, neue Spannungs- und Konfliktlinien in der Bundesrepublik zu schaffen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu vor allem EMNID (1981, 1982, 1983), NEWSWEEK (1983), Noelle-Neumann (1981, 1982, 1983a, 1983b).
- 2 Finanziert wurde die Studie vom NDR (PANORAMA).
- 3 Zur Konstruktion der Frage, zum Vergleich mit anderen Umfragen und den methodischen und substantiellen Implikationen vgl. Reuband (1983)
- 4 Vgl. Reuband (1983). In die gleiche Richtung gehen die Ergebnisse einer SINUS Studie. Auf die Frage, welche lang-

nung, ungeachtet des guten oder schlechten Willens der jeweils Regierenden. Im Falle der Nachrüstung kommt der Abrüstungs-bereitschaft eine Schlüsselrolle zu; schließlich entscheidet sich in den Genfer Verhandlungen, ob es zur Stationierung neuer Raketen kommen wird oder nicht. Wer der amerikanischen Regierung alleinige Schuld oder zumindest eine Mitschuld am Scheitern gibt, der wird zu einer anderen Beurteilung der Raketenfrage kommen als jemand, der in den Sowjets die Schuldigen sieht.

Erfragt man den wahrgenommenen Abrüstungswillen der beiden Supermächte, so fällt vor allem der ausgeprägte Pessimismus auf. Daß Amerikaner wie Sowjets gleichermaßen an Abrüstung interessiert sind, glauben nur ganz wenige - weniger als ein Fünftel sowohl der Befürworter als auch der Gegner der Nachrüstung. Vorherrschend ist ein Mißtrauen einer oder gar beiden Supermächten gegenüber. Dabei sind die Befürworter diejenigen, die am ehesten noch einem Land - der Sowjetunion - die mangelnde Abrüstungsbereitschaft unterstellen. Die Nachrüstungsgegner dagegen sehen mehrheitlich beide Supermächte als wenig verhandlungsbereit an. Selbst bei den aktiven Nachrüstungsgegnern sind es nicht mehr als 20%, die vor allem der amerikanischen Regierung eine Schuld zuschieben. Angesichts der gelegentlichen Stimmen aus der Washingtoner Administration, Abrüstungsverhandlungen seien eigentlich überflüssig, ist dieser Wert relativ niedrig. Er spricht für ein überaus großes Mißtrauen in die Sowjetunion, das das Mißtrauen in die amerikanische Administration zu überlagern vermag.

Wo der Glaube an die Existenz militärischen Gleichgewichts groß und das Vertrauen in die amerikanische Regierung gering ist - gar ein Überlegenheitsstreben der USA unterstellt wird -, dort muß die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen als Gefährdung erscheinen. Wo aber der Osten als militärisch

Tabelle 4: Einfluß der Stationierung auf die Sicherheit der Bundesrepublik (in Prozent)

	Nachrüstung		Aktive Gegner	Total
	dafür	dagegen		
Sicherheit größer	88	3	4	17
Bedrohung größer	2	73	84	50
Bleibt gleich	8	15	12	19
Weiß nicht	1	8	1	13
Keine Angabe	+	1	-	1
	100	100	100	100

Frageformulierung: "Wird Ihrer Meinung nach durch die Aufstellung der neuen Raketen die Sicherheit der Bundesrepublik vergrößert, oder wird eher die Bedrohung größer?"

+ = Unter 0.5%

fristige Sicherung von Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik die Befragten für geeignet halten, stimmen nur 14% dem Satz zu "Stationierung von mehr und neuen Atomraketen der Amerikaner in der Bundesrepublik und West-Europa" (SINUS 1983:55).

5 So z.B. bei E. Noelle-Neumann in einem Telefoninterview mit der BILD-Zeitung (BILD vom 21.9.83, S. 2). In die gleiche Richtung gehen wiederholt die Kommentare der WELT.

6 Dementsprechend gab es noch im Herbst 1981 keine Beziehung zwischen Nachrüstungsgegnerschaft und Parteipräferenz. Erst später scheint - mit dem Wandel der SPD - sich eine Beziehung herauszukristallisieren (vgl. DER SPIEGEL Nr. 6, 1983, S. 90; Nr. 35, 1983, S. 28).

7 Typisch dafür etwa BILD am SONNTAG (28.8.83, S. 41) auf die Sitzblockaden des ehemaligen Bundeswehrgenerals Bastian bezogen: "Den Staat blockieren, vom Staat kassieren".

Literaturverzeichnis

- Barnes, S.H./Kaase, M. et al, 1979: Political Action. London: Beverly Hills
- Berger, M./Gibowski, W.C./Roth, D., 1983: Zwei Drittel gegen neue Raketen, in: DIE ZEIT, 7. Oktober, S. 3
- Bredow, W., 1982: Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24, S. 3-13
- EMNID, 1981: Alliierte Truppen in der Bundesrepublik, in: EMNID Informationen 11, S. 13-14
- EMNID, 1982: Zum aktuellen Image von Reagan, Thatcher und Begin, in: EMNID Informationen 5/6, S. 15
- EMNID, 1982: Westeuropa und die USA, in: EMNID Informationen 5/6, S. 37-48
- EMNID, 1983: Einstellung zu Problemen der Außen- und Deutschlandpolitik, in: EMNID Informationen 1, S. 4-8
- Gallup, 1983: Gallup Report, März
- Hofstätter, P.R., 1983: Seneca im Tunnel, in: DIE WELT vom 24.8., S. 2
- Inglehart, R., 1979: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Klages, H./Kmieciak, P. (Hg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/New York, S. 279-316
- Kühler, M., 1983: Die Anhänger der neuen Friedensbewegung in der BRD. Referat zur Tagung "Friedensbewegung und Friedensforschung" der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Korr. Fassung. Mannheim
- Lackner, W., 1983: Die absolute Moral der Friedensbewegung, in: DIE WELT vom 22. November, S. 4
- NEWSWEEK, 1983: How the world sees America. NEWSWEEK vom 11.6., S. 6-10

Noelle-Neumann, E., 1981: The Germans. Public opinion polls. Westport, Conn.

Noelle-Neumann, E., 1982: Are the Germans "collapsing" or standing firm?, in: Encounter, Nr. 2, S. 76-81

Noelle-Neumann, E., 1983a: Drei Viertel gegen die Raketenstationierung?, in: FAZ vom 16. September, S. 11

Noelle-Neumann, E., 1983b: The missile gap: the German press and public opinion, in: Public Opinion, Okt./Nov., S. 45-49

Rautenberg, H.J., 1983: Friedensbewegung und Nukleardebatte in westeuropäischen NATO-Staaten, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 13, Nr. 3, S. 123-158

Reuband, K.H., 1983: Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage - Was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluss?, in: Vorgänge, Nr. 66

Rühle, H., 1983: Warum Nachrüstung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38, S. 20-27

Schlötter, P., 1983: Zur Zukunft der Friedensbewegung, in: Steinweg, R., Red., Die neue Friedensbewegung. Frankfurt, S. 16-33

Schmid, G., 1982: Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotests, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24, S. 15-30

SINUS, 1983: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983. München 1983 (im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Webb, N.C./Wybrow, R.J., 1983: Friendly persuasion: advice from Britain, in: Public Opinion, Februar/März, S. 13,52

Woyke, W., 1983: Der Integrationsstand der NATO in den achtziger Jahren, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Frieden und Sicherheit als Herausforderung. Bonn, S. 24-32.

Reihenfolge. Doch auch dort, wo Blockaden gebilligt oder gar praktiziert werden, dürfte der moderate Umgang den Vorzug haben - die Blockaden gegen die Nachrüstung im Rahmen der Herbstaktionen 1983 haben dies deutlich genug gezeigt. Wer zu Genehmigungen, aber auch nichtgenehmigten Demonstrationen bereit ist, repräsentiert eben nicht - wie etwa von der WELT unterstellt - von vornherein ein "Umsturzpotential" (DIE WELT vom 20.9.83, S. 2). Im Gegenteil zeigen neuere Untersuchungen, daß die Bürger in der Bundesrepublik, die gewaltfreien, zivilen Ungehorsam für sich als denkbare Handlungsmöglichkeit ansehen, der Staatsform der Bundesrepublik in besonderem Maße verpflichtet sind. Revolutionäre Veränderungen werden von ihnen in noch stärkerem Maße als vom Durchschnitt der Bevölkerung abgelehnt (Fuchs in diesem Band). Die in der konservativen Publizistik häufige Gleichsetzung von Nachrüstungsprotest mit Angriff auf den Staat unterliegt nicht nur einer Verwechslung von Staat und Regierung, sie wird überdies der Motivlage der Nachrüstungsgegner nicht im geringsten gerecht.

Rund 14% der befragten Nachrüstungsgegner gaben an, "ziemlich sicher" an einer - zeitlich nicht näher spezifizierten - Demonstration gegen neue Raketen teilnehmen zu wollen. Weitere 29% hielten dies "unter Umständen" für möglich. Damit kommt man auf einen Anteil von rund 43% potentiell mobilisierbarer Personen. Uns sollen im folgenden neben den allgemeinen Nachrüstungsgegnern diejenigen interessieren, die eine Teilnahme für "ziemlich sicher" hielten (in den Tabellen als "aktive Gegner" ausgewiesen). Sie stellen nur einen Teil des Demonstrationspotentials dar, sind aber wohl den tatsächlich Aktiven am ehesten vergleichbar.

4. Sozialstrukturelle und politische Verankerung

Über die soziale Herkunft und die politische Ausrichtung der Nachrüstungsgegner gibt es mehr Vermutungen als Fakten. Für die einen ist das gesamte Phänomen der Friedensbewegung gar nicht so sehr ein politisches als ein eher unpolitisches Phänomen - geboren aus einem Wertewandel heraus, der selbst bei konstanten Rahmenbedingungen zu veränderten Bedürfnissen und neuen politischen Prioritäten führen muß. Gesprochen wird von einem "postmaterialistischen" (Anti-Establishment) Wertesystem, das weniger auf materielle Sicherheit als individuelle Selbstverwirklichung hin orientiert ist und sich bei Jüngeren mit höherer Bildung am deutlichsten auskristallisiert. Der Postmaterialismus ist gewissermaßen der "Nährboden", auf dem Nachrüstungsgegnerschaft und Friedensbewegung erwachsen (vgl. Schmid 1982:21, Schlöter 1983:21, Woyke 1983:31). Für die anderen - vor allem in der politischen Journalistik - sind es Linke, zumeist Jugendliche und junge Erwachsene, denen es oft weniger um den Frieden als ganz andere politische Ziele geht. Die Nachrüstungsthematik ist ein ideologisches Versatzstück, nicht selten mehr Anlaß als Ursache des Protests.

Orientiert man sich an den Teilnehmern von Demonstrationen, so scheint das vorherrschende Bild jugendlicher Nachrüstungsgegnerschaft durchaus realistisch. Nimmt man Umfragen zur Unterstützung der Friedensbewegung, so wird es ebenfalls

bekräftigt: Jüngere - vor allem mit höherer Schulbildung - sind unter den Nachrüstungsgegnern überrepräsentiert. Es ist genau die Gruppe, die auch am stärksten als Träger des postmateriellen Wertesystems gilt (vgl. Kuchler 1983, in diesem Band). Doch Teilnahme an Demonstrationen oder der Friedensbewegung und Nachrüstungsgegnerschaft sind zweierlei. Nicht nur, daß die Einstellungen gegenüber bestimmten Protestformen je nach sozialer Lage unterschiedlich ausfallen, auch die Gelegenheit zum Protest und zur Aktivität variiert. Jugendliche und junge Erwachsene sind noch am wenigsten in verpflichtende Alltagsroutinen - strukturiert durch Beruf und Familie - eingebunden. Ihr Zeitbudget läßt am ehesten die Teilnahme an Protestaktionen zu.

Theoretisch scheint uns zudem die Beziehung zwischen Nachrüstungsgegnerschaft und Postmaterialismus weniger zwingend als in der Literatur im allgemeinen unterstellt. Gerade die Thematik Frieden und Sicherheit spricht materielle Bedürfnisse - das Streben nach physischer Sicherheit - an. Und dieses Streben kann in verschiedenen Weise verwirklicht werden: unter bestimmten Umständen durch Ausbau und Stärkung der Verteidigungskräfte - wie bei Inglehart (1979) operationalisiert -, unter anderen Umständen durch Abrüstung und Verzicht auf Stationierung neuer Bedrohungspotentiale. Nachrüstungsgegnerschaft wäre nur dann eine mögliche Folge postmaterieller Orientierungen, wenn das Bedürfnis nach physischer Sicherheit in den Hintergrund getreten ist und die Gegnerschaft nicht mit sicherheitsbezogenen Motiven begründet wird. Wo aber in neuen Raketen eine Bedrohung wahrgenommen wird, da entspricht die Ablehnung der Stationierung durchaus einem militärischen sicherheitsbezogenen Kalkül und fällt in den Bereich der materiellen Wertorientierungen. Nachrüstungsgegnerschaft ist ein zu globales, aus unterschiedlichen Quellen gespeistes Phänomen, als daß es eindeutig den materiellen oder postmateriellen Orientierungen zugeordnet werden könnte. Derartige Zuordnungen wären wohl erst bei Differenzierung der Motivation möglich.

Die Gegnerschaft fällt in der Tat anders aus, als es das Bild von Demonstrationen und andere Analysen zur Friedensbewegung erwarten lassen (Tabelle 1). In allen sozialen Gruppen gibt

Tabelle 1: Einstellung zur Nachrüstung nach sozialen Merkmalen (in Prozent)

	Alter						Schulbildung				Total
	-19	20-29	30-49	50-64	65+		Haupts.	Reals.	Abitur		
Dafür	14	10	20	19	14		16	18	15		16
Dagegen	72	74	66	60	61		65	67	74		66
Unentschieden	14	16	14	21	25		19	15	11		18
	100	100	100	100	100		100	100	100		100

Frageformulierung siehe Text. Aufgeführt sind die Zahlen nach Nachfrage bei den Unentschiedenen. Die Zahlen hier und an anderer Stelle basieren auf dem gewichteten Datensatz.

nehmen will, nimmt ein Gleichgewicht zu 34% als gegeben an und eine Überlegenheit des Westens fast genauso häufig wie eine Überlegenheit des Ostens (23% vs. 27%). Gemessen an der Wahrnehmung des Gleichgewichts kann von einer Bereitschaft zur Unterwerfung und Faszination durch die Stärke der Sowjetunion mithin nicht im geringsten die Rede sein. Die Gegner der Nachrüstung scheinen vielmehr als Gruppe der Logik des Gleichgewichts zu folgen: Weil sie keine Unterlegenheit des Westens wahrnehmen, sehen sie auch keine Notwendigkeit zur Nachrüstung. Der Grundkonsens mit den Befürwortern der Nachrüstung liegt im Bezugsrahmen, der Unterschied in der Art der Wahrnehmung.

Tabelle 2: Ost-West-Kräfteverhältnis (in Prozent)

	Nachrüstung		Aktive Gegner	Total
	dafür	dagegen		
Westen	10	11	23	9
Osten	69	35	27	38
Beide gleich	16	42	34	38
Weiß nicht	3	10	12	13
Keine Angabe	1	2	5	2
	100	100	100	100

Frageformulierung: "Welche Seite halten Sie zur Zeit in der Welt militärisch für stärker: Die Amerikaner und den Westen einerseits oder die Russen und den Osten andererseits?"

6. Vertrauen in die Supermächte

Nicht nur häufiger als der Vorwurf freiwilliger Unterwerfung ist der des Antiamerikanismus. Gegner der Nachrüstung würden einem Antiamerikanismus huldigen - schlimmer noch: sie wären auf einem Auge blind. Sie würden den Amerikanern mißtrauen, den Sowjets aber vertrauen. Wiederum erscheint diese Unterstellung schon angesichts der herrschenden Meinungsverhältnisse in der Bundesrepublik nicht unproblematisch: Weil die Mehrheit den Amerikanern positiv gegenübersteht und zugleich eine Mehrheit gegen Nachrüstung ist, kann breite Gegnerschaft gegenüber der Nachrüstung kein Symptom für Antiamerikanismus sein. Die Wirklichkeit ist differenzierter als es die öffentliche Diskussion im allgemeinen widerspiegelt: Unterschieden werden muß zwischen der globalen Bewertung der Amerikaner (als Volk und Nation) und der amerikanischen Regierung.

Während die globale Orientierung stabil und positiv blieb (EMNID 1983), hat sich in der Beurteilung der amerikanischen Regierung ein entscheidender Wandel vollzogen. Seit dem Amtsantritt Ronald Reagans ist das Vertrauen in die Handlungskompetenz der amerikanischen Regierung, vernünftig auf Weltprobleme zu reagieren, erheblich gesunken. Im Herbst 1981 hatten noch 62% der bundesdeutschen Bevölkerung sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen (DER SPIEGEL Nr. 6, 1983, S. 90),

im Herbst 1983 - nach unseren eigenen Daten - nur noch 40%. Inzwischen gibt es mehr Personen, die Mißtrauen als Vertrauen aufbringen. Parallel dazu zeigt sich eine zunehmend negative Beurteilung des amerikanischen Präsidenten (EMNID 1982). Daß dies kein bundesdeutsches Phänomen ist, wird in analogen Trends anderer Länder, wie z.B. England, deutlich (Webb und Wyrow 1983:13). Selbst in den Vereinigten Staaten gab es bis vor kurzem einen vergleichbaren Vertrauensverlust. Daß Reagan die Regierungsgeschäfte in befriedigender Weise erledigt, glauben dort immer weniger Menschen. Die Zahl der Unzufriedenen war noch Anfang des Jahres größer als die Zahl der Zufriedenen (Gallup 1983).

Tabelle 3: Vertrauen in die Handlungskompetenz der USA und Sowjetunion (in Prozent)

	Nachrüstung		Aktive Gegner	Total
	dafür	dagegen		
USA	76	29	14	40
Sowjetunion	5	9	13	9

Frageformulierungen: "Wieviel Vertrauen haben Sie insgesamt in die amerikanische Regierung, daß sie bei politischen Krisen in der Welt vernünftig handelt? Sehr viel - ziemlich viel - wenig - oder überhaupt kein Vertrauen?" "Und wieviel Vertrauen haben Sie in dieser Hinsicht in die sowjetische Regierung? Sehr viel - ziemlich viel - wenig - oder überhaupt kein Vertrauen?" "Sehr viel" und "viel" wurden für die Tabelle zusammengefaßt.

Welches Vertrauen in die Handlungskompetenz der amerikanischen Regierung gesetzt wird, macht außerordentlich viel für die Einstellung zur Nachrüstung aus. Befürworter haben mehrheitlich - zu 76% - sehr viel oder viel Vertrauen nicht einseitig aus - nur zu 29%. Daß ihr geringes Vertrauen nicht einseitig ausfällt, belegt die Beurteilung der Sowjetunion. Dieser wird von den Nachrüstungsgegnern fast ebensowenig Vertrauen entgegengebracht wie von ihren Befürwortern (9% vs. 5%). Selbst die Aktiven bilden hier keine Ausnahme: ihr Vertrauen in beide Supermächte ist annähernd gleich niedrig. Ob jemand Nachrüstungsbeifürworter oder -gegner ist, entscheidet damit nicht die Wahrnehmung der Sowjetunion als vielmehr die Wahrnehmung der amerikanischen Regierung!

7. Wahrgenommene Abrüstungsbereitschaft und Raketenbedrohung

Vertrauen in die Handlungskompetenz ist eine, Vertrauen in die Abrüstungsbereitschaft ist eine andere Sache. Beide Formen des Vertrauens mögen zwar miteinander empirisch zusammenhängen, analytisch sind sie getrennt: die beste Abrüstungsbereitschaft nützt nichts, wenn gleichzeitig die Handlungskompetenz niedrig ist - die Gefahr unangemessener Reaktionen auf politische Krisen wäre zu groß. Umgekehrt nützt auch die beste Kompetenz wenig, wenn kein echter Abrüstungswille existiert. Die Folge wäre nur eine nutzlose Stationierung neuer Waffen. Und mehr Rüstung bedeutet in der Sicht vieler Menschen vermehrte Bedro-